

bei einem Mitteleinsatz von jährlichen 10 Milliarden Euro und dem Bau von 256 Fusionskraftwerken kämen wir auf einen Strompreis von 60 Euro pro Megawattstunde. Im Jahr 2012 – also im Hier und Jetzt – betrug der Strompreis an der Leipziger Strombörse bereits 47,95 Euro pro Megawattstunde. Somit wäre Strom aus der Kernfusion viel zu teuer und damit schlicht nicht wettbewerbsfähig. Schon der Bau von 100 Fusionskraftwerken würde gewaltige 830 Milliarden Euro verschlingen. Ganz zu schweigen

von den dann doch wieder relevanten Mengen an radioaktivem Müll, der auch bei der Kernfusion entsteht und jeweils rund 100 Jahre gelagert werden muß. Wer soll diese Investitionen noch stemmen, wer den Atommüll sicher lagern? Fakt ist und bleibt, die Kernfusion ist schon unter Berücksichtigung der unglaublich hohen Forschungskosten kein Weg, um jemals kostengünstig Strom zu erzeugen – von den Entwicklungskosten für eine anwendungsbereite Technologie gar nicht zu reden. Demzufolge ist die Kern-

fusion auch kein Baustein in einem wie auch immer garteten Energiemix. Sie ist eine Fata Morgana, ein Heilsversprechen in einer Zeit, in der die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen mit jedem Tag neue Anteile gewinnt. Deshalb gilt es jetzt und heute zu entscheiden, ob wir mit öffentlichen Mitteln weiter auf die Erforschung der Kernfusion setzen wollen.

1. Köhnlein, Wolfgang (2012): Überlegungen zur biologischen Wirkung von Neutronenstrahlung und deren Bewertung; Strahlentelex Nr. 602-603 v. 2.2.2012,

www.strahlentelex.de/Stx_12_602_S10-13.pdf

2. Drucksachen 6/243, 6/852 und 6/1274, www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/ Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); LV Mecklenburg-Vorpommern www.bund-mv.de

Teilbestand an Unterlagen aus dem Genehmigungsverfahren zur Errichtung des Kernfusionsexperimentes WENDELSTEIN 7-X, veröffentlicht vom Sozialministerium M-V per Pressemitteilung Nr. 108 - 09.08.2012

Kontakt zum Autor:
arndt.mueller@bund.net

Atomwirtschaft

Vor dem Atomausstieg soll noch die Stromproduktion des AKW Gundremmingen erhöht werden

Deutschlands größtes AKW in Gundremmingen soll durch eine sogenannte „Leistungssteigerung“ die Atomstromproduktion ausweiten. Auf diese Absicht von RWE wies jetzt Raimund Kamm, Vorstandsmitglied des Vereins „FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik“ in einer Medienmitteilung vom 18. Februar 2013 hin. Umweltschützer hatten vergeblich gehofft, dass diese aus dem vorigen Jahrtausend stammenden Pläne zu den Akten gelegt worden wären.

In Gundremmingen laufen die letzten zwei deutschen Siedewasserreaktoren. Alle anderen Atomreaktoren dieses Typs, der durch Fukushima eine unrühmliche Bekanntheit erlangt hat, sind in Deutschland stillgelegt worden. Schon 1999 hatte der Essener RWE-Konzern als Betriebsführer des AKW Gundremmingen beantragt, durch eine Steigerung der Reaktorleistungen, die Atomstromproduktion in Gundremmingen auszuweiten. Insgesamt soll die Kapazität um fast so viele Kilowatt erhöht werden, wie der nebenan

stehende und 1977 bei einem Unfall mit Totalschaden zerstörte Block A hatte, berichtet Kamm.

Diese Ausweitung der Atomstromproduktion, im Werbedeutsch „Leistungssteigerung“ genannt, soll nicht durch Umbauten, sondern durch eine schärfere Reaktorfahrweise erreicht werden. Mittels einer schnelleren Umwälzung des Wassers im Hauptkreislauf sollen mehr Neutronen moderiert und mehr Atome gespalten werden. Dadurch würde die Wärme- und Dampferzeugung wachsen. Zwangsläufig würde der Reaktor stärker beansprucht und die Sicherheitsreserven niedriger. Und es würden im Prinzip mehr radioaktive Gase über den AKW-Kamin freigesetzt, mehr Radioaktivität mit dem Abwasser in die Donau geleitet und mehr Atommüll erzeugt.

Der alte Antrag von vor 13½ Jahren war inzwischen zurückgezogen und durch einen neuen ersetzt worden. Die Atomausweitung soll jetzt in zwei Schritten vollzogen werden. Das Bayerische Umweltministerium als formale

Genehmigungsbehörde hat bereits seit 2007 die Genehmigung in der Schublade, aber erst die rot-grüne, dann die schwarz-rote und jetzt die schwarz-gelbe Bundesregierung äußerten Sicherheitsbedenken und RWE konnte die erforderlichen Sicherheitsnachweise nicht führen. Jetzt soll vor einem möglichen Regierungswechsel im Herbst die Genehmigung doch noch erfolgen, berichtet Kamm.

RWE meint offenbar, dass in den vom Bundestag 2011 beschlossenen verbleibenden Betriebsjahren bis zum Abschalten von Block B Ende 2017 und von Block C Ende 2021 aus diesen längst abgeschriebenen Altreaktoren noch so viel wie nur irgend möglich herausgeholt werden soll.

Wir Umweltschützer, so Kamm, halten das für unverantwortlich und fordern Bayerns Regierung auf, endlich diesen Antrag abzulehnen. Wir empfehlen auch allen Mitbürgern, die Kunden beim schwäbischen RWE-Ableger LEW sind, dieser Stromfirma zu zeigen, dass die Mehrheit der Menschen in Schwaben die Atomproduktion nicht ausweiten, sondern abschalten will.

www.atommuell-lager.de,
Kamm@gmx.de

Atommüll-Lagerung

endlagerdialog.de statt Gorleben-dialog

In der Ausgabe des Strahlentelex vom 7. Februar 2013 wurden in dem Artikel mit der Überschrift „*Deutsche Arbeitsgemeinschaft Endlagerforschung*“ gegründet unter anderem Passagen und Vorstellungen von der Website <http://endlagerdialog.de> von Dr. Arndt Mehnert zitiert. Der Artikel schloß mit dem Statement: „Allerdings – das schreibt Mehnert nicht – bedeutet „rationalisieren“ in der Psychologie eine ineffektive Problemlösungsstrategie, etwa nach dem Muster: „Mein Großvater hat auch sein ganzes Leben lang geraucht und ist doch über 80 Jahre alt geworden.“ Unbestimmte Ängste lassen sich zwar durch Information und engagierte Befassung in konkrete Furcht verwandeln, die dann aber ebenso konkret zu bewältigen ist.“

Dazu merkt Arndt Mehnert an: „Ein solches „Rationalisieren“ war im Artikel nicht gemeint. Hier ist eher der soziologische Rationalisierungsbegriff anzuwenden – im Sinne von Norbert Elias als Steigerung der „Langsicht“, d.h. der Fähigkeit, die Folgen der eigenen Handlungen über immer mehr Glieder der Kau-